



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Hoffnung allein wird nicht reichen: Jetzt wirtschaftspolitische Krisenstrategie für den Herbst 2021 vorbereiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Pandemie in den letzten Monaten tiefe Spuren in Teilen der Wirtschaft hinterlassen hat. Insbesondere (Solo)Selbstständige, Teile des stationären Einzelhandels, das Gastgewerbe sowie die Event- und Schaustellerbranche waren mit am härtesten von den Corona-Maßnahmen betroffen. Dabei waren die Lasten innerhalb der Wirtschaft insgesamt sehr unterschiedlich verteilt. Große Teile der Industrie, des Handwerks, aber auch der Online-Handel und Geschäfte des täglichen Bedarfs waren weit weniger von den Corona-Maßnahmen tangiert.

Die Staatsregierung wird angesichts einer drohenden vierten Infektionswelle im Herbst aufgefordert, unverzüglich eine branchenübergreifende wirtschaftspolitische Krisenstrategie vorzubereiten, die unter anderem folgende Punkte enthält:

- Analyse der bisherigen Auswirkungen der Coronakrise auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche
- Evaluation der staatlichen Maßnahmen aus den bisherigen Infektionswellen und Nachbesserungskonzepten, z. B. mit Blick auf die Ungleichbehandlung innerhalb der Einzelhandelsbranche in den vergangenen Lockdowns, verbesserte Um- und Durchsetzung von Hygienekonzepten, Verbesserung der Datenerhebung hinsichtlich des Infektionsgeschehens (z. B. Erfassung der Berufsgruppe bei Positivtestung), Berücksichtigung der Impfquote bei etwaigen neuen (Kunden)Beschränkungen
- Konzepte zur Verbesserung der Homeoffice-Quote in den Unternehmen im Falle von erneuten Lockdown-Maßnahmen inklusive Unterstützung der Unternehmen und Arbeitnehmer bei der Umsetzung
- Einrichtung eines landeseigenen Unterstützung- und Restartprogramms für (Solo)Selbstständige, Schausteller etc.

Begründung:

„Angesichts des Impffortschritts und der mittlerweile zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen ist für den kommenden Herbst ein differenzierter Ansatz denkbar“ schreibt das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie auf eine Anfrage zum Plenum zur wirtschaftspolitischen Krisen- und Restartstrategie der Staatsregierung. Neben dem Verweis auf Hilfs- und Förderprogramme, die allerdings mehrheitlich

Modellkommunen und Einzelprojekte fördern, scheint es an einem übergeordneten Gesamtkonzept zu mangeln.

Gleichzeitig ist derzeit fraglich, ob der genannte Impffortschritt ausreichen wird, um die befürchteten negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich abzuwehren. Experten gehen davon aus, dass eine Impfquote von mehr als 75 Prozent erreicht werden muss, um im Herbst schwere Belastungen des Gesundheitssystems auf jeden Fall zu vermeiden. Derzeit (15.07.2021) sind jedoch erst knapp 45 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Gleichzeitig steigen die Infektionszahlen wieder an. Das Prinzip Hoffnung wird als Vorbereitung auf den Herbst also nicht ausreichen.

Eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie sollte dabei neben Fragen nach finanziellen Unterstützungsprogrammen und Einzelbetrachtungen von Sektoren auch die Frage beantworten, wie der Bereich Wirtschaft insgesamt zu niedrigen Infektionszahlen beitragen kann bzw. die Maßnahmen stärker in der Gesamtschau betrachtet werden können. Denn eine vierte Infektionswelle träfe die bereits durch die ersten Schließungen deutlich geschwächten Bereiche wie die Selbstständigen sowie Teile des stationären Einzelhandels und der Gastronomie umso härter – und somit auch eine Vielzahl an Beschäftigten, die sich nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis befinden und bei denen folglich die finanzielle Unterstützung mangels Anspruch auf Kurzarbeitergeld deutlich geringer ausfällt. Pauschale Schließungen für wenige Einzelbereiche sollten daher vermieden werden. Hier müssen die Anstrengungen auf mehrere Schultern verteilt werden – u. a. durch eine konsequente Durchsetzung einer Homeoffice-Pflicht oder auch verbesserte Unterstützung bei der Durchsetzung von Hygienevorschriften.